

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredaktion:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telefax: 866 648 ppbn d
Telefax: 21 08 64

Inhalt

Florian Gerster MdB zur
Vorläufigkeit sicherheitspo-
litischer Konzeptionen:
Vorneverteidigung im Deut-
schen Bund?

Seite 1

Dieter Schanz MdB zur Not-
wendigkeit, alle Konflikt-
parteien in den Verhand-
lungsprozeß einzubeziehen:
Fortschritte in der Kam-
bodscha-Frage.

Seite 3

Josef Vosen MdB zu einem
Erfordernis der deutsch-
deutschen Technologie-Zu-
sammenarbeit: Die CO-
COM-Liste muß weg.

Seite 4

Dokumentation:

Nach über 28 Jahren trafen
sich Vertreter der SPD aus
Berlin-West und Berlin-Ost,
um gemeinsam über die Zu-
kunft der Stadt nachzuden-
ken. Ihre Grundsatz-Ent-
scheidung im Wortlaut.

Seite 6

45. Jahrgang / 17

24. Januar 1990

Vorneverteidigung im Deutschen Bund?

Zur Vorläufigkeit sicherheitspolitischer Konzeptionen

Von Florian Gerster MdB

Mitglied des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages

NATO-Mitgliedschaft und deutsche Einheit passen nicht zusam-
men. Das wußte bereits Adenauer: Er schloß jede Alternative
zur Westbindung der Bundesrepublik aus, auch wenn sie uns der
Einheit hätte näherbringen können.

Bundeskanzler Kohl und die CDU/CSU erheben die deutsche In-
tegration ins westliche Verteidigungsbündnis zur Staatsräson und
zementieren damit die Spaltung - oder sie betreiben ein doppeltes
Spiel.

Wer sich strukturkonservativ an die auf der Grundlage des Kalten
Krieges und des Ost-West-Konfliktes gewachsenen Allianzen klam-
mert, wird der Herausforderung unserer Zeitenwende nicht ge-
recht. Das Ende der Nachkriegszeit erfordert weitreichende Perspek-
tiven statt ängstlicher Status-Quo-Fortschreibung mit allenfalls un-
vermeidlichen Korrekturen.

Wie kann es sicherheitspolitisch in Europa weitergehen? Sorgfäl-
tiger als bisher werden wir zwischen kurzfristigen Maßnahmen und
Weichenstellungen für die Zukunft zu unterscheiden haben.

Zunächst müssen sich die Bündnisse von primär militärpolitischen
Gebilden zu Agenten eines Prozesses mit dem Ziel einer europäi-
schen Friedensordnung wandeln. Abrüstung statt Rüstung muß
im Zentrum internationaler Bemühungen auch innerhalb des eigen-
nen Lagers stehen.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2--10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 1204-08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. Mwst und Versand.

Printed in Germany
aus dem besten Rohstoff
Recycling-Papier



Über die Zielsetzung einer Gemeinsamen Sicherheit in Europa mit drastisch reduzierten, abwehrstarken und angriffsunfähigen Streitkräften in Ost und West hinaus muß das bestehende Bündnis heute bereits Zeichen setzen, die in die Zukunft weisen:

- Revision der NATO-Strategie mit dem Ziel des Verzichts auf jede operative Bedeutung von Nuklearwaffen,
- damit Schaffung der Voraussetzungen für einen Verzicht auf Atomwaffen, die auf bundesdeutschem Boden stationiert sind,
- Verzicht auf angesichts der Großwetterlage und der drastisch verringerten sowjetischen Bedrohung inadäquate Übungen und Manöver der Streitkräfte - sofortige Aussetzung des Tiefzugs über Mitteleuropa,
- Revision von Bestimmungen in NATO-Truppenstatut und Zusatzabkommen, die mit dem Selbstbestimmungsrecht der Bündnispartner unvereinbar sind.

Je mehr die Spaltung Europas und Deutschlands überwunden werden kann, desto mehr müssen sich die Bündnisse selbst in Frage stellen. Angesichts der Aufgabe der Breschnjew-Doktrin durch Moskau und der Installierung nichtkommunistischer Regierungen in Mitgliedsländern des Warschauer Paktes hat sich der politische Charakter des östlichen Bündnisses bereits fundamental gewandelt. Wer wollte angesichts der realen Utopie eines Deutschen Bundes aus Bundesrepublik und DDR als Vorstufe zum Bundesstaat Doktrinen des westlichen Bündnisses für unabänderlich halten? Soll die westliche Vorverteidigung mit Korpsgefechtsstreifen der NATO-Partner etwa einen Deutschen Bund von Nord nach Süd wieder in zwei Teile schneiden?

Es wäre kurzsichtig, reale Utopien mit der Gegenwart zu verwechseln. Gewachsene Strukturen, die Deutschland und Europa in West und Ost geteilt haben, müssen jedoch unter Änderungsvorbehalt gestellt werden. Wir dürfen nichts verfestigen, was dem Zusammenwachsen der Deutschen im Herzen Europas im Weg steht.

(-/24.1.1990/v0-he/rs)

* * *

Fortschritte in der Kambodscha-Frage

Zur Notwendigkeit, alle Konfliktparteien in den Verhandlungsprozeß einzubeziehen

Von Dieter Schanz MdB

Mitglied im Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Nunmehr, da sich die fünf ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates - USA, UdSSR, China, Großbritannien und Frankreich - auf ihrer jüngsten Sitzung auf eine UN-Lösung bezüglich des Kambodscha-Konfliktes analog der Namibia-Formel verständigen konnten, erscheint es geboten, auch die nationalen Gruppierungen und die Nachbarstaaten Kambodschas in die Beratungen über die konkrete Ausgestaltung der envisierten UN-Verwaltung einzubeziehen.

Sehr erfreulich ist der Wandel in der Haltung Chinas und Frankreichs; beide hatten auf der Pariser Kambodscha-Friedenskonferenz im August 1989 noch eine Allparteienregierung für Kambodscha gefordert, mußten aber nunmehr erkennen, daß mit den Rouge Khmer keine friedliche und einvernehmliche Lösung und demokratische Entwicklung in Kambodscha zu realisieren ist.

Daß Prinz Sihanouk und seine Sinnesgenossen gegen die angestrebte UN-Lösung protestieren, war - folgt man der politischen Logik des Prinzen - zu erwarten. Selbst China gelangte angesichts des sich ausweitenden Bürgerkrieges in Kambodscha zu der gebotenen Wachsamkeit gegenüber Pol Pot und seinen Machtinteressen.

Sihanouk hingegen erweist sich als nicht lernfähig, glaubt weiterhin über eine Zusammenarbeit mit den Khmer Rouge seine angestrebte Führungsrolle in Kambodscha absichern zu können. Diese Uneinsichtigkeit in politische Realitäten hat sein Ansehen auch in den USA geschmälert.

Die Rolle Vietnams im Friedensprozeß um Kambodscha ist eine große; aufgrund seines vitalen Interesses an einer baldigen Beilegung des Konfliktes und der Herbeiführung einer demokratischen Entwicklung in Kambodscha, ist eine konstruktive Zusammenarbeit bei der UN-Regelung zu erwarten.

Schließlich noch dies: Gerade angesichts der dargelegten Entwicklung ist es dringend, die in den Medien erhobenen Vorwürfe, die Pol Pot-Truppen verfügten über bundesdeutsche Waffen, aufzuklären.

(-/24.1.1990/vo-he/rs)

* * *

Die COCOM-Liste muß weg

Zu einem Erfordernis der deutsch-deutschen Technologie-Zusammenarbeit

Von Josef Vosen MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Ausschuß für Forschung, Technologie und Technikfolgeabschätzung

Der Ausbau der deutsch-deutschen Zusammenarbeit auch auf dem Gebiet von Wissenschaft und Technologie ist zu begrüßen. Die SPD betrachtet diesen Ausbau ebenfalls als dringend notwendig. Sie sieht in diesem Zusammenhang aber zwei größere Problemkreise, von denen einer bei den beiden beteiligten Vertragspartnern und der andere bei den Alliierten und der Bundesregierung liegt.

Der eine Problemkreis bezieht sich darauf, daß wir inzwischen eine offene innerdeutsche Grenze haben.

So sehr man sich über den Ausbau der formellen vertraglichen Kooperation freuen kann, so wenig kann dies darüber hinwegtäuschen, daß ein Zusammenwachsen der beiden deutschen Staaten nicht staatlich verordnet werden kann, sondern ein gesellschaftlicher Prozeß ist.

Die Dynamik, die sich nach der Öffnung der Grenze in allen gesellschaftlichen Bereichen ergibt, übersteigt die Möglichkeiten einer staatlich geplanten oder vermittelten Zusammenarbeit bei weitem. Es ist genauso, wie wenn zwei Bundesländer Einzelvereinbarungen über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit treffen würden. Wenn die Hochschulen, wenn Betriebe, wenn Forschungszentren kooperieren, ist dies in Ordnung und wünschenswert; es bedarf dann keiner weiteren Unterrichtung oder Einbeziehung der Ministerien mehr.

Die Aufgabe der beiden Ministerien kann jetzt allenfalls darin bestehen, Rahmenvereinbarungen über Kostenübernahmen, Beteiligungsquoten, Gerätepools und andere übergreifende Themen zu treffen, nicht mehr aber über einzelne Projekte. Dies wäre heute das Gegenteil von wissenschaftlich-technischer Zusammenarbeit, nämlich der Einbau neuer bürokratischer Hemmnisse.

Der andere Problemkreis bezieht sich auf die COCOM-Liste, auf die also immer noch bestehende Technologie-Mauer. In der Anhörung der deutschen Industrie bei der SPD-Bundestagsfraktion im November vorigen Jahres haben die Wirtschaftsverbände und die Vorstände namhafter deutscher Unternehmen zum Ausdruck gebracht, daß die künftige Industriestruktur zunehmend von der Entwicklung der Schlüsseltechnologien Informationstechnik, Biotechnik und Materialtechnik sowie von einem forschungspolitischen Dialog der gesellschaftlichen Kräfte abhängen. Was für uns gilt, gilt in verstärktem Maße für die DDR.

Die COCOM-Liste verhindert bisher die wirkliche Industrie-Kooperation. Nur veraltete Technik von gestern kann zur Zeit in die DDR geliefert werden.

In diesem Zusammenhang ist die Ankündigung der US-Regierung zu begrüßen, die COCOM-Liste zu lockern. Dies ist ein wichtiger erster Schritt und sicher auch auf unser ständiges Drängen zurückzuführen. Die bekannt gewordenen Lockerungsabsichten genügen aber nicht. Nach wie vor fordern wir die Aufhebung der COCOM-Liste in ihrer jetzigen Form. Nur Waffen, Waffenbestandteile, Produktionsanlagen für Waffen und entsprechende Fertigungsunterlagen dürfen Bestandteil der COCOM-Liste sein.

Die SPD wiederholt in diesem Zusammenhang ihre Forderungen, die sie im Ausschuß für Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung eingebracht hat und die sie auch schon mit ihrem Entschließungsentwurf in der COCOM-Debatte am 15. Dezember 1989 eingebracht hatte:

Wir fordern die Bundesregierung auf,

- für die Zusammenarbeit mit der DDR den Forschungshaushalt im Wege des Nachtragshaushaltes umgehend um zunächst 200 Millionen DM aufzustocken, damit auf allen Gebieten der Forschung und Entwicklung rasch eine substantielle Verstärkung möglich wird;
- die Zusammenarbeit hauptsächlich auf den Gebieten der Energieforschung, der Umweltforschung, der Gesundheitsforschung und der Informationstechnik zu verstärken;
- Institutionen und Unternehmen aus der DDR im Rahmen der vertraglich vereinbarten Zusammenarbeit das Recht einzuräumen, beim Bundesminister für Forschung und Technologie Anträge nach den hier geltenden Bedingungen stellen zu können;
- unbürokratisch und rasch Hilfe für die Zusammenarbeit von wissenschaftlichen und technischen Vereinigungen in der Bundesrepublik und in der DDR zu geben;
- einen Fonds für wissenschaftliche Geräte einzurichten, um dem in der DDR vorherrschenden Mangel an modernen Meß- und Analysegeräten raschestmöglich abhelfen zu können. Auch Geräte, die in der Bundesrepublik Deutschland nicht mehr gebraucht werden, können zum Teil großen Nutzen stiften;
- einen Stipendienfonds für Wissenschaftler, Diplomanden, Doktoranden und Studenten, die aus der Bundesrepublik Deutschland in die DDR gehen, einzurichten;
- Wissenschaftlern und Technikern aus der DDR rasch die Zusammenarbeit zu allen Einrichtungen von Wissenschaft und Forschung in der Bundesrepublik Deutschland zu ermöglichen und finanziell zu unterstützen;
- den Zugang der DDR zu EG-Programmen und zu EUREKA zu prüfen. Einstweilen sollte der Zugang der DDR zu den EG-Programmen und EUREKA dadurch verbessert werden, daß Verbundprojekte mit Antragstellern aus der Bundesrepublik Deutschland gemacht werden;
- neben die durch das Abkommen eingerichtete Kommission einen ständigen interministeriellen Ausschuß zwischen BMFT und dem DDR-Ministerium für Wissenschaft und Technik einzurichten.

(-/24.1.1990/vo-he/rs)

* * *

DOKUMENTATION
=====

Die Berliner SPD in Ost und West gemeinsam für die Zukunft Berlins

Nach über 28 Jahren trafen sich jetzt wieder ordentliche Vertreter der SPD aus allen Bezirken Berlins: Landesvorstand der SPD Berlin (West) und Bezirksvorstand der SPD Berlin (Ost) kamen im Hotel Stadt Berlin am Alexanderplatz zusammen, um eine Erklärung zu den Grundsätzen ihrer Zusammenarbeit zu beraten und die Planungen für den DDR-Wahlkampf in Angriff zu nehmen. Die letzte ordentliche Landesvorstandssitzung der Berliner SPD mit Vertreterinnen und Vertretern aller Kreisverbände hatte unter der Leitung des SPD-Landesvorsitzenden Willy Brandt am 29. Mai 1961 stattgefunden: Nach dem Mauerbau waren die Ost-Berliner SPD-Kreisverbände durch Beschluß des Landesvorstandes vom 23. August 1961 aufgelöst worden. Die beiden Parteigliederungen setzten eine gemeinsame Kommission „Zukunft Berlin“ ein, in der sieben Vertreterinnen und Vertreter beider Seiten Vorschläge für ein harmonisches Zusammenwachsen der beiden Stadthälften erarbeiteten und langfristig wirkende Programme für die künftige Rolle Berlins in Deutschland und Europa vorlegen sollen. Die gemeinsame Grundsatz-Entschließung, die am Dienstag nachmittag in Berlin veröffentlicht wurde, im Wortlaut:

Zum ersten Mal nach über 28 Jahren treffen sich heute, am 22. Januar 1990, Vertreter der SPD aus allen Bezirken Berlins. Dieser Tag wird ein historisches Datum in der Geschichte der Berliner SPD sein.

Wir bekennen uns zu den Grundwerten der Sozialdemokratie, zur freien Entfaltung der Persönlichkeit aller Menschen in einer friedlichen und gleichberechtigten Gesellschaft und zur Solidarität gegenüber den sozial Schwächeren und allen Minderheiten. Denn ohne Solidarität gibt es keine menschliche Gesellschaft.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten bekennen uns zur Einheit der deutschen Nation. Wir werden in freier Selbstbestimmung gemeinsam die Schritte zur Überwindung der Grenzen beider deutscher Staaten unter einem gemeinsamen europäischen Dach gehen. Wir wollen die deutsche Einheit nur mit der Zustimmung aller unserer Nachbarn. Ihre Grenzen sind für uns unantastbar.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten erstreben eine europäische Sicherheits- und Friedensordnung und die Überwindung der Blöcke. Wir erklären, daß von deutschem Boden nie wieder Krieg und Gewalt ausgehen darf.

Berlin ist die Metropole der Erneuerung in ganz Mittel- und Osteuropa. Hier muß sich die Reformfähigkeit der RGW-Staaten im direkten Kontakt zum westlichen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem beweisen. In Berlin können wir wie nirgendwo sonst beweisen, wie verantwortliche Zusammenarbeit der Deutschen in Ost und West aussehen kann.

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wie Louise Schröder, Ernst Reuter oder Willy Brandt haben in ihrer Zeit Berliner Geschichte geschrieben. Auch heute stellt sich die SPD der Verantwortung für unsere Stadt.

Berlin wird zusammenwachsen, weil es zusammen gehört. Auch für die Stadtpolitik muß dabei gelten: zusammenwachsen, nicht zusammenwuchern. Deshalb tritt die SPD in beiden Teilen der Stadt für eine zeitgemäße, ökologisch ausgerichtete soziale Stadtpolitik ein.

Wir unterstützen die Bewerbung Berlins für die Olympischen Spiele im Jahre 2000 oder 2004. Die Idee der Olympischen Spiele ist es, das Verbindende zwischen den Menschen und Völkern deutlich werden zu lassen. Keine andere Stadt symbolisiert das Ziel des friedlichen Zusammenlebens der Menschen wie Berlin.

Zur Entwicklung sozialdemokratischer Programme für Berlin wird eine gemeinsame „Kommission Zukunft Berlin“ eingesetzt. Die Kommission wird bereits in den nächsten Wochen Vorschläge zur Zusammenarbeit in den Bereichen Umwelt, Verkehr, Stadterneuerung, Kommunikation, Naherholung, Energie, Gesundheit sowie Kultur und Sport vorlegen.

Die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in der DDR und in Berlin (Ost) wollen nach dem 6. Mai 1990 den Reformprozeß aus der Regierungsverantwortung heraus gestalten. Die SPD-Berlin (West) wird sie dabei mit allen Kräften unterstützen. Wir verstehen unsere Zusammenarbeit als Kooperation zwischen gleichberechtigten politischen Partnern.
(-/24.1.1990/vo-he/rs)